Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2147

29. 09. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Oktober 1978
am Donnerstag, dem 5. Oktober 1978

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 2, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 2, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 3, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . 6, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 7, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 8, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 8, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 9, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit 10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 10, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . 12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 13, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit 14

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob ein Bericht der „Deutschen Tagespost" vom 27. September 1978 zutrifft, wonach der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig und Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Juristen, Rudolf Wassermann, das als „VS – Vertraulich/n. f. D." bezeichnete Arbeitsprogramm der Bundesregierung für die 8. Legislaturperiode erhalten hat?

2. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

In welcher Eigenschaft hat der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig dieses Programm gegebenenfalls selbst erhalten?

3. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Ausgaben für das letzte „Kanzlerfest" in Bonn und wieviel wurde aus „Spenden" von Wirtschaft und Wirtschaftsverbänden aufgebracht?

4. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Aufwendungen der CMA (Centrale Marketing Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft mbH) für das diesjährige Kanzlerfest gewesen, handelt es sich bei den aufgewandten Mitteln um Zwangsabgaben, die jeder deutsche Landwirt an die CMA leisten muß, und hält die Bundesregierung die bisherige „Mischfinanzierung" des „Kanzlerfestes" für sinnvoll und dem Ansehen des Amts des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland für zuträglich?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung zu erreichen versuchen, daß die Volksrepublik Polen das notwendige Besuchervisum in Notfällen (z. B. Todesfall) an der Grenze erteilt, damit nicht ein dringend gewordener Besuch durch Zeitverzug bei Beschaffung des Besuchervisums verhindert werden kann?

6. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die von der Bundesregierung angekündigte Aktion zur Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien inzwischen angelaufen, und wann ist mit den ersten Argentiniern in der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Stellungsnahme des Staatssekretärs van Well in „Das Parlament" vom 16. September 1978 gegen „Alleingänge" in der Abrüstungspolitik auch als Ablehnung der öffentlichen Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Frank zu einer „radikalen Veränderung in der außenpolitischen Grundhaltung", von denen „das Auswärtige Amt erfahren hat, daß er dazu nur in eigenem Namen spreche" (Antwort vom 1. August 1978), angesehen werden, insbesondere als Widerspruch gegen Staatssekretär Dr. Franks Standpunkt, daß in Sicherheitsfragen „vertrauensbildende Maßnahmen den Vorrang vor quantitativen Rüstungsbegrenzungen" haben (Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1978) die Feststellung van Wells, daß die Sicherheit gleichermaßen der Vertrauens-

bildung, wie der Rüstungsbegrenzung, wie der Rüstungskontrolle bedarf und das zunehmende Übergewicht der sowjetischen Überlegenheit im Bereich der Panzerwaffe und im nuklearen Mittelstreckenbereich „nicht außer Betracht bleiben darf"?

8. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Staatssekretär Dr. Frank beim Vortrag im Institut für internationale Angelegenheiten der kommunistischen polnischen Arbeiterpartei in Warschau über die „Weitere Entwicklung der Entspannungspolitik vom westdeutschen Standpunkt aus" und in den Gesprächen mit dem Leiter der Auslandsabteilung im Zentralkomitee der polnischen kommunistischen Partei, mit dem amtierenden Außenminister und dem Vizeminister (BPA-Ostinformationen vom 25. September 1978) nach der autorisierten Forderung von Staatssekretär van Well im „Parlament" die deutsche „Außenpolitik aus einem Guß" in mit dem „ganzen Auswärtigen Amt sowie mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmten Positionen" vertreten hat und nicht seine Frankfurter Thesen zur Sicherheit, oder auch die Thesen zur Ungeeignetheit der Menschenrechte als Gegenstand der Politik und zur Relativierung „des Gegensatzpaares Kapitalismus-Sozialismus bis zur Bedeutungslosigkeit" (Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1978)?

9. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz, die Westalliierten sollten mit der Sowjetunion ein neues Viermächteabkommen zur Regelung des Luftverkehrs von und nach Berlin aushandeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Was hat das Bundesamt für Verfassungsschutz veranlaßt, ihm mitgeteilte und dazu gewonnene eigene Informationen, aus denen sich ein Verdacht nachrichtendienstlicher Beziehungen gegen den SPD-Mitarbeiter Broudré-Gröger und den SPD-Abgeordneten Dr. Holtz ergeben konnte, dem Generalbundesanwalt zuzuleiten, und welche Haltung zu der Einschaltung des Generalbundesanwalts hat der Bundesinnenminister eingenommen?

11. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß auch der Bundesaußenminister und der Chef des Bundeskanzleramts für die Zuleitung der vom Bundesamt für Verfassungsschutz gewonnenen Verdachtsmomente an den Generalbundesanwalt plädiert haben?

12. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler auf die Fragen 9 und 10 des Abgeordneten Dr. Wernitz (Drucksache 8/2052) übersehen wurde, daß auch im Steuerberatungsgesetz für Steuer und Zoll – also auch eine Bundesregelung – zur Vermeidung von Interessenkollisionen ein Kontaktverbot besteht?

13. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Oktober dieses Jahrs mehrere hundert Kilogramm Plutonium aus Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeliefert werden, und welche Vorkehrungen hat sie für die Aufnahme getroffen?

14. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, das Plutonium unter Verantwortung der Bundesregierung in Verwahrung zu nehmen, wo und wie soll es gelagert werden?

15. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen führen dazu, die Kürzungsvorschriften für das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen und Verwendungseinkommen [§ 53 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG)] nach anderen Grundsätzen und Maßstäben auszugestalten als für das Nebeneinander der Dienstbezüge von Eheleuten, die beide als Beamte im öffentlichen Dienst stehen (§ 40 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes)?

16. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Warum hat der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler in der Fragestunde des Bundestages am 14. Juni die Höchstgrenze für das Zusammentreffen von beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen mit Verwendungseinkommen als „sachlich angebracht und angemessen" bezeichnet, obwohl der damals von der Bundesregierung bereits verabschiedete Entwurf eines Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes eine Verschlechterung der Regelung des § 53 BeamtVG vorsah?

17. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, daß die atomrechtliche Genehmigungspraxis „übertrieben" und 90 v. H. der Bauverzögerungen beim SNR-300 darauf zurückzuführen seien, wie das RWE-Vorstandsmitglied Prof. Dr. mult. Mandel lt. WAZ vom 15. September 1978 erklärt hat, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ziehen?

18. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum Problem der sogenannten Schufa-Klausel bei Kreditverträgen ein, und will sie die diesbezüglichen Initiativen der obersten Aufsichtsbehörden der Länder und des Bundesbeauftragten für Datenschutz unterstützen?

19. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie in der Illustrierten „Stern" vom 28. September gemeldet –, das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz seit Jahren peinlich genau „Ostblock-Kontakte" Bonner Parlamentarier registriert?

20. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Teilnahme an einer Maikundgebung des KBW oder einer Diskussionsveranstaltung dieser Organisation ausreicht, um an der Verfassungstreue eines Beamtenanwärters zu zweifeln?

21. Abgeorndeter **Kirschner** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine frühere Mitgliedschaft im MSB-Spartakus, die Kandidatur auf einer Liste desselben als Ersatzbewerber für ein Studentenparlament ausreicht, um an der Verfassungstreue eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst Zweifel zu hegen?

22. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Trifft es zu, daß Beamte des Bundesamts für Verfassungsschutz für Grundrechtsverletzungen beim „Lauschangriff" auf Herrn Dr. Traube verantwortlich waren, und zu welchen Konsequenzen hat gegebenenfalls dieses Verhalten geführt?

23. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Kernkraftwerke in den osteuropäischen Staaten in Betrieb, im Bau und geplant sind, und welche Auswirkungen diese Kernkraftwerke auf die radioaktive Belastung in der Bundesrepublik Deutschland haben?

24. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke, die in der „DDR" und in der CSSR in Betrieb, im Bau und geplant sind, und gibt es Katastrophenschutzpläne innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, um bei größeren Unfällen in diesen Kernkraftwerken Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen?

25. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Liegt das vom Bundesinnenminister beim Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Gutachten über die Wirkungsweise der von Dipl.-Ing. Ludwig Lang aus Darmstadt entwickelten „Staukranzdüse" für Kraftfahrzeuge vor, und welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls daraus zu ziehen?

26. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Personen, die die DDR nur deshalb verlassen durften, weil sie zuvor durch politische Aktionen, wie den öffentlichen Hinweis auf die Helsinki-Vereinbarungen und die UNO-Charta, durch Protestschreiben und Betriebsdiskussionen, Gesuche an die UNO und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Unruhe und politischen Druck ausgelöst haben, und die deshalb politische Verfolgungen, wie Arbeitsplatzverlust und polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Verhöre, zu ertragen hatten, als politische Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) anzusehen sind und deshalb Anspruch auf einen Vertriebenenausweis „A" ohne Einschränkungen nach § 10 BVFG haben, obwohl sie im streng technischen Sinne nicht geflohen, sondern übergesiedelt sind, weil dieses „Übersiedeln" mit den gleichen Gefahren für die persönliche Freiheit und Sicherheit verbunden ist wie eine Flucht?

27. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Verfügen Behörden des Bundes über Erkenntnisse, nach denen sich im Bereich der „Jungsozialisten" sogenannte Juso-Trotzkisten betätigen, die sich für die Ziele der verfassungsfeindlichen „Vierten Internationalen" einsetzen, und denen die Zeitschrift „Internationale Arbeiterkorrespondenz" (IAK) nahestehen soll, in der ein „Differenzierungsprozeß in der SPD" gefordert wird, „der mit dem Aufbau der Revolutionären Partei und der politischen Zerstörung der Sozialdemokratie, mit der Organisierung der Arbeiterräte und der Diktatur des Proletariats abgeschlossen wird"?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

28. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Welches waren die „zureichenden Anhaltspunkte für eine geheimdienstliche Agententätigkeit", die den Generalbundesanwalt veranlaßt haben, gegen Herrn Broudré-Gröger ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und einen richterlichen Durchsuchungsbefehl zu erwirken sowie gegen den Abgeordneten Dr. Holtz ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, einen richterlichen Durchsuchungsbefehl und über den Präsidenten des Deutschen Bundestages die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zu erwirken?

29. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Hat der Generalbundesanwalt über sein Vorgehen den Bundesjustizminister informiert, und welche Haltung hat dieser dazu eingenommen?

30. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Verkauf von Gedenkplaketten mit faschistischen Bildern (z. B. in Mittenwald) zu verhindern?

31. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Einfuhr von Gedenkmedaillen mit faschistischen Emblemen aus dem Ausland verhindern, oder welche Maßnahmen kann sie ergreifen, daß eine solche Einfuhr durch andere Stellen verhindert wird?

32. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die im Sommer dieses Jahrs vorzeitig aus der Strafhaft entlassenen terroristischen Täter an die Bewährungsauflagen halten oder einige von ihnen bereits wieder in den Untergrund gegangen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Kann die Bundesregierung den Verzicht auf die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der Steuermindereinnahmen auf Grund dieser Vorschrift – die in den Jahren 1967 bis 1971 rund 1,4 Milliarden DM ausgemacht haben – für die Folgejahre ab 1972, möglichst zeitnah, beziffern?

34. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

In wieviel Fällen von Veräußerungsgewinnen über 20 Millionen DM bzw. über 100 Millionen DM sind seit 1967 Befreiungsbescheinigungen nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes erteilt worden?

35. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über illegale Einfuhren von Rohalkohol aus der „DDR", und welche Mengen wurden dabei schätzungsweise in dieser Zeit in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt?

36. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, bei der von ihr ins Auge gefaßten Strukturverbesserung bei den landwirtschaftlichen Brennereien mittels Zusammenlegung sowohl den besonders durch Klima und Boden (niedrigere Stärkegehalte der dort erzeugten Kartoffeln) bedingten Produktionsbedingungen als auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die meisten landwirtschaftlichen Brennereien dort in der Regel weit auseinanderliegen und dadurch die Vorteile einer stärker konzentrierten Branntweinerzeugung durch die höheren Kosten des Transports von Kartoffeln und Schlempe mehr als wett gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

37. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Hält die Bundesregierung das System und die beabsichtigte Haftpflichtprämienerhöhung der Kraftfahrzeug-Versicherer für gerechtfertigt?

38. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Regionaltarifstruktur der Kraftfahrzeug-Versicherer über das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in besonders strukturschwachen Gebieten (wie die Regierungsbezirke Niederbayern–Oberpfalz) überprüfen und korrigieren zu lassen?

39. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland versucht, die Zulieferer von Kraftfahrzeugteilen durch entsprechende Einkaufsabschlüsse zu verpflichten, ihre Produkte ausschließlich an die Automobilindustrie zu liefern, mit Autoreparaturwerkstätten Bezugsbindungen für Ersatzteile zu vereinbaren und für zugekaufte Verschleißteile aus der Produktion der Zulieferer mit dem Hinweis „Original-Ersatzteile“ zu werben, und welche Möglichkeiten sieht sie, etwaigen aus diesen Maßnahmen resultierenden Wettbewerbsbeeinträchtigungen entgegenzuwirken?

40. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Wie werden diese von der Automobilindustrie praktizierten Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Beschäftigungslage im Kraftfahrzeugteilegroßhandel und in den Kraftfahrzeugreparaturbetrieben beurteilt?

41. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung zulassen, daß die Kraftfahrer in der Oberpfalz, die durch höhere Kraftstoffpreise und unzureichende Fernstraßen benachteiligt sind, jetzt auch noch dadurch bestraft werden, daß diese Region in die höchste Tarifklasse VI in der Kraftfahrhaftpflichtversicherung eingestuft werden soll?

42. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel an zusätzlicher Kapazität im Bereich der Rohstahlerzeugung seit dem Stahlboom 73/74 in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurde?

43. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Hält die Bundesregierung außer einem Kapazitätsabbau durch Personalreduzierung 58iger/59iger Aktion auch die Vernichtung von intakten Anlagen bei der Rohstahlerzeugung volkswirtschaftlich und für die mittelfristige Markterwartung für vertretbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

44. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Biologischen Bundesanstalt für Land und Forstwirtschaft (BBA) und dem Verbraucherrat des Deutschen Instituts für Normung (DIN) dafür einsetzen, daß die Prüfrichtlinien für Pflanzenschutzgeräte der BBA weiterentwickelt und in einer DIN-Norm zusammen mit Sicherheitsanforderungen festgelegt werden, um die Voraussetzungen für eine obligatorische Prüfung von neuen und gebrauchten Pflanzenschutzgeräten zu schaffen?

45. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen den ständigen Rückgang der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere bei Obst, Eiern, Schweinen, Kartoffeln und Schlachtvieh?

46. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus für richtig, daß eine Anhebung des EG-Agrarpreisstützungsniveaus um 1 v. H. zu einer Einkommenssteigerung der Bauern um 3,5 v. H. führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

47. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung dem Beispiel der norwegischen Regierung folgen und den Verkauf und die Benutzung von Rollbrettern verbieten, bzw. welche anderen Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Unfallgefahren zu mindern?

48. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Liegen der Bundesregierung darüber Erkenntnisse vor, in wieviel Prozent der Fälle, in denen Arbeitgebern Darlehen bzw. Zuschüsse gemäß § 54 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) zur Unterbringung von Arbeitssuchenden, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarkts erschwert ist, gewährt wurden, zu Dauerarbeitsverhältnissen geführt haben, die über den Zeitraum der Förderung hinaus Bestand hatten?

49. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Erfahrung eines westfälischen Arbeitsamts als repräsentativ bestätigen, wonach 51 v. H. der Arbeitsplätze, die durch Förderung gemäß § 54 AFG geschaffen wurden, nach Ablauf der Förderungsfrist wieder unbesetzt waren?

50. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Befürwortet die Bundesregierung — da die Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters für betriebliche Ruhegeldverpflichtungen bei Insolvenz der Gesellschaft zu ungerechten Ergebnissen führen kann, die weder durch die Insolvenzsicherung des Betriebsrentengesetzes (BGBl. 1974 I S. 3610) noch durch besondere rechtliche Enthaftungsmodelle oder besonderen Verjährungslauf gelöst werden können — eine Haftungsersetzung durch Versicherung, oder erwägt sie andere rechtspolitische Schritte zur Lösung des Konflikts?

51. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Wunsch des Christlichen Gewerkschaftsbunds Deutschland (CGB) nachzukommen und die soziale Betreuungsorganisation ENAS, die der italienischen Gewerkschaft CISNAL, einem Ableger der neofaschistischen Partei MSI, zugerechnet wird, beim Bundesarbeitsministerium zu akkreditieren (siehe Frankfurter Rundschau vom 22. September 1978)?

52. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, weshalb die meisten gesetzlichen und privaten Krankenkassen die Kostenübernahme für Schutzimpfungen (z. B. Pocken, Gelbfieber) bei Reisen ins Ausland ablehnen, bei späteren Erkrankungen nicht geimpfter Personen jedoch die Behandlungskosten tragen?

53. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß vor allem vor dem Hintergrund des internationalen Massentourismus ein gezielter und vorbeugender Gesundheitsschutz von größter Bedeutung ist und deshalb die erforderlichen Schutzimpfungen und andere Präventivbehandlungen von den Krankenkassen unterstützt werden sollten, und wenn ja, wie kann sie dieser Auffassung Geltung verschaffen?

54. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf eine gesetzliche Begrenzung der Überstunden zu verzichten, damit sich die Betriebe auch weiterhin flexibel schwankenden Auftragslagen anpassen können?

55. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Fall einer Begrenzung der Überstunden bei einem Rückgang der Auftragslage in den Betrieben Entlassungen unvermeidlich würden und davon vor allem leistungs- und sozial schwache Arbeitnehmer betroffen würden?

56. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus der Kritik des Bundesbeautragten für Datenschutz, Professor Dr. Bull, an der Abgabe von Daten aus dem Bereich der Sozialversicherung und inneren Sicherheit an Behörden entsprechende gesetzliche Konsequenzen zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

57. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Darf bei der Bundeswehr in das Personalstammblatt als Landsmannschaft nicht Schlesien oder Ostpreußen eingetragen werden, wenn diese Eintragung ausdrücklich gewünscht wird, und wenn nein, aus welchen Gründen?

58. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Zulauf der KFZ Folgegeneration – insbesondere UNIMOG – so zu strecken, daß pro Jahr eine geringere Stückzahl von der Bundeswehr übernommen wird als ursprünglich beabsichtigt war, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

59. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die seit langem gewährte finanzielle Förderung des Göttinger Instituts für Erziehung und Unterricht einzustellen, und weiß sie, daß dieses Institut seit mehreren Jahrzehnten besondere Lehrgänge für junge Spätaussiedler durchführt, um ihnen den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen?

60. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Benutzer des Verhütungsmittels Patentex Oval auf die Notwendigkeit der strikten Einhaltung der Anwendungsvorschriften dieser besonderen Verhütungsmethode hinzuweisen, um der durch die Werbung für dieses Mittel provozierten Bedenkenlosigkeit und Sorglosigkeit der Anwenderinnen entgegenzuwirken?

61. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, die in einzelnen Regionen der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Krebsregister auch bundesweit zu errichten, um daraus wissenschaftliche Erkenntnisse zu ziehen und die klinische Nachsorge bei Krebserkrankungen effektiver zu gestalten?

62. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit welchem der Strafrahmen für Rauschgiftdelikte heraufgesetzt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

63. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Flugzeuge der British Airways (BA) auf ihren Berlin-Linien bei nebligem Wetter den Flugverkehr wegen älterer Landeradargeräte eher einstellen müssen als andere Maschinen, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls bei ihren Gesprächen mit der BA über eine mögliche Änderung der Flugsubventionen im Berlinverkehr darauf hinweisen, daß die Maschinen mit modernen Landegeräten ausgerüstet werden, um den als so wichtig erachteten Luftverkehr von und nach Berlin auch unter ungünstigen Wetterbedingungen aufrechterhalten zu können?

64. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht des TÜV Rheinland, daß fabrikneue Autos ohne Gefahr für die Verkehrssicherheit in den ersten drei Jahren ohne TÜV-Untersuchung auskommen würden, während Autos, die älter als fünf Jahre sind, jährlich beim TÜV vorgeführt werden sollten, und hält sie eine entsprechende Änderung der geltenden Rechtslage für sinnvoll?

65. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wieviel Bahnhöfe werden nach der Einführung des regionalen Eilzugsystem durch die Deutsche Bundesbahn stillgelegt?

66. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Bahnhöfe sollen in diesem Zusammenhang in Nordrhein-Westfalen stillgelegt werden?

67. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Kann aus der in der Haushaltsdebatte von Mitgliedern der Bundesregierung geäußerten Einsicht, daß u. a. aus Gründen des Umweltschutzes und der Energieeinsparung die Schiene wieder an Bedeutung gewinnen wird, auf die Absicht der Bundesregierung geschlossen werden, keine Trasse mehr aus der Hand zu geben und einen eventuell schon begonnenen Trassenabbau zu stoppen?

68. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Wieviel Brückenbauten im Bundesfernstraßennetz wurden in der Vergangenheit in Spannbetonbauweise erstellt, und wieviel davon wiesen Reparatur oder Erneuerung erfordernde Risse auf?

69. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Hat die Bundesregierung Untersuchungen aller fertigen oder im Bau befindlichen Brücken in Spannbetonbauweise veranlaßt, und hat sie Forschungsvorhaben zur grundsätzlichen Untersuchung der Probleme des Bauens mit gegossenem und vorgefertigtem Spannbeton vergeben oder beabsichtigt sie, solche Forschungsvorhaben in Zukunft zu fördern?

70. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung nunmehr die Deutsche Bundesbahn veranlassen, in das Raumordnungsverfahren für die Schnellbahntrasse Hannover-Würzburg die sogenannte Tunnellösung im Würzburger Raum als Alternative einzubringen?

71. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, die öffentliche Naßbaggerei voll zu privatisieren?

72. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Bestehen bei der Bundesregierung Vorstellungen über den Zeitpunkt einer eventuellen Privatisierung?

73. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Bestehen bei der Bundesregierung Überlegungen, die öffentliche Naßbaggerei zum Teil zu privatisieren, und wenn ja, um welche Anteile, bezogen auf die Kapazität, handelt es sich?

74. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Plant die Bundesregierung den Einsatz von Bundesbahnspezialwaggons, um Erze in größerem Umfang ab Hafen Rotterdam in den deutschen Wirtschaftsraum zu transportieren, und welche Auswirkungen sind von diesen Transportkapazitäten gegebenenfalls auf die Frachtkosten zu erwarten?

75. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Trifft der mehrfach in Fachkreisen erhobene Vorwurf zu, daß die zuständigen Behörden die Einhaltung der gesetzlich bestimmten, herstellerbedingten Höchstgeschwindigkeit von 25 Stundenkilometern bei Mofas bei der Serienanfertigung so wenig überwachen, daß die Mehrzahl der Fahrzeuge diese Höchstgeschwindigkeit bei heißgelaufenem Zustand auch ohne Manipulationen seitens des Fahrzeughalters nicht unerheblich überschreitet, und auf welche Weise und wann wird die Bundesregierung, gegebenenfalls durch entsprechende Änderung der Prüfungsvorschriften, dafür sorgen, daß die Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften streng und wirksam gehandhabt wird?

76. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn für den Einsatz ihres Personals beim Probebetrieb des Rufbusprojekts in Friedrichshafen rückwirkend einen um 50 v. H. höheren Kostenersatz fordert, und daß die Deutsche Bundesbahn es ablehnt, die für den großen Rufbusprobebetrieb zusätzlich benötigten 85 Fahrer einzustellen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Durchführung des großen Rufbusbetriebs gegebenenfalls dennoch zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

77. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die vom nordrhein-westfälischen Innenminister Hirsch angekündigte Absicht, künftig den Bau von Einfamilienhäusern nicht mehr von einer förmlichen Baugenehmigung abhängig zu machen, mit den Vorschriften des Bundesbaugesetzes und den Zielen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen?

78. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche konkrete Vorstellungen und Konzeptionen verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich des von Mitgliedern der Bundesregierung unterschiedlich bewerteten Vorschlags, die Wohnumfeldqualität städtischer Wohngebiete durch Parkvergünstigungen für Anlieger zu verbessern, auf welche Erfahrungen auch des Auslands kann die Bundesregierung dabei gegebenenfalls zurückgreifen, und bis wann ist mit entsprechenden Maßnahmen zu rechnen?

79. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Wohnungsbauminister Dr. Haack, der auf dem 14. Königssteiner Gespräch des Bonner Städtebauinstituts am 28. September erklärt hat, zur Senkung der Baulandpreise und zur Verhinderung von Bodenspekulationen seien gesetzliche Maßnahmen erforderlich, und an welche konkreten Maßnahmen denkt sie?

80. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU/CSU, daß der in der vergangenen Legislaturperiode gescheiterte Planungswertausgleich nicht geeignet gewesen wäre, die Bodenpreise zu senken, sondern lediglich zu einer anderen Verteilung des durch den Markt bestimmten Kaufpreises geführt hätte?

81. Abgeordneter **Mahne** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung in den Durchführungsbestimmungen zum Energieeinsparungsgesetz auch die sogenannten Eigenleistungen als förderungswürdig im Sinne des Gesetzes anerkannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

82. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung Pressemeldungen zu, nach denen die derzeitigen Sperranlagen der DDR an der innerdeutschen Zonengrenze mit Metallgitterzaun, automatischen Tötungsanlagen, Minenfeldern und Hundelaufanlagen auf Pläne zurückgehen oder sie zum Vorbild haben, die während des Zweiten Weltkriegs von einem SS-Offizier zur Sicherung der nationalsozialistischen Konzentrationslager ausgearbeitet worden waren und bei der Gefangennahme des Offiziers in die Hände der Roten Armee gefallen waren, oder welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung verneinendenfalls über die Herkunft der Pläne für die Sperranlagen quer durch Deutschland?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung in Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht die Regierung der DDR auffordern, in Gespräche über den Abbau der allen Menschenrechtsabmachungen Hohn sprechenden Sperranlagen der DDR an der innerdeutschen Zonengrenze einzutreten, oder wann ist dies gegebenenfalls bereits geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

84. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß die Chancengleichheit im allgemeinen Bildungswesen für die Kinder wenig begüterter Eltern und Kinder im ländlichen Raum mit größeren Entfernungen zu den weiterführenden Schulen im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes auch in Rheinland-Pfalz und anderen Flächenstaaten respektiert und hergestellt wird durch die Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie der kostenlosen Schülerbeförderung?

85. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei fehlenden Ausbildungsplatzangeboten, insbesondere im ländlichen Raum, außerbetriebliche Vollzeitausbildungsstätten zu errichten?

86. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Tatsache, daß Pressemeldungen erschienen, wonach das Bremer Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 16 Hochschullehrer, die zu den Herausgebern der Dokumentation „Bubak – ein Nachruf" gehörten, mit der Feststellung ablehnte, diesen fehle die Einsicht in die Realität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung, für nicht so schwerwiegend an, als daß sie sich hierüber bei den zuständigen Stellen hätte informieren lassen müssen?

87. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Anregung der Bundesregierung in der Kultusministerkonferenz, die zuständigen Bundesländer sollten Vorsorge treffen, daß die an unseren Hochschulen tätigen Lehrkräfte über ein Mindestmaß an politischem Grundwissen „über die Realität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung" verfügen, einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren darstellt?

88. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Ausländerkinder ist, die hier Grund- und Hauptschule absolviert haben, jetzt aber kein Lehrverhältnis finden bzw. aus Gründen der jetzigen gesetzlichen Grundlage keine Arbeit aufnehmen dürfen?

89. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie viele Ausländerkinder zur Zeit die Grund- und Hauptschule in der Bundesrepublik Deutschland besuchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

90. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung Bestrebungen für gerechtfertigt, die togolesische Handesflotte, an der deutsche Interessen über die Staatsreederei SOMAT mit 49 v. H. beteiligt sind, durch deutsche Entwicklungshilfe auf vier Schiffe zu vergrößern?

91. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Verhältnis die Tonnagekapazität einer auf vier Schiffe erweiterten togolesischen Handeslflotte zum Volumen des gesamten Güterumschlags im Hafen vom Lomé steht, und wie die Rentabilität der Schiffe zu beurteilen ist?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, die folgende Passage aus ihrer Ferienanzeigenkampagne doch noch zu einer nicht nur verständlichen, sondern sogar brauchbaren Handreichung für zumindest politisch Interessierte aufzuwerten: „Inzwischen sollten wir uns allerdings fragen, ob einige in unserem Land die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nicht übertreiben. Überzogene Reaktionen der Verwaltungen verdienen mit Recht Kritik. Das ist auch wichtig, wenn Europa . . . weiter zusammenwachsen soll. Denn in der Gemeinschaft gibt es viele und unterschiedliche politische Strömungen. Und wir werden sie in Zukunft zu berücksichtigen haben."?

2. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird die Bundesregierung den vom Presse- und Informationsamt erstellten Bericht über das britische Vertriebsmodell für staatliche Publikationen durch Zuleitung an den Bundestag alsbald veröffentlichen, nachdem dieser Bericht Beurteilungsgrundlage für die Frage ist, ob das britische Vertriebsmodell für die aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 zu ziehenden Konsequenzen verwertbar ist (vgl. meine schriftliche Anfragen vom 15. Juni 1978, Die Neue Gesellschaft, Heft 9 1978 Franken: Den Bürger informieren – aber wie?)?

3. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird die Bundesregierung die „vorläufige Einigung" der Pressesprecher von Bundesregierung und Landesregierungen überprüfen und korrigieren, derzufolge „auch außerhalb von Vorwahlzeiten staatliches Informationsmaterial den politischen Parteien und sie im Wahlkampf unterstützenden Organisationen und Gruppen nur zur Information der eigenen Mitglieder zur Verfügung" zu stellen sind, nachdem in Auslegung des Bundesverfassungsgerichtsurteils eine Festlegung der Vorwahlzeit auf fünf Monate erfolgt ist und eine so weitgehende Einengung der Aufgaben der Parteien auf ausschließliche Mitgliederinformation nicht schlüssig aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gefolgert werden kann?

4. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche verfassungsrechtlichen Schlußfolgerungen haben die Bundesregierung bewogen, eine derartige „vorläufige Einigung" überhaupt einzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der amerikanische Bundesrechnungshof, wie in einer Veröffentlichung der US-Zeitung „Stars & Stripes" berichtet, festgestellt hat, daß die deutschen Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften ungerechtfertigte Vergünstigungen erhalten und überbezahlt sind, und er deshalb nicht nur den Abbau dieser Vergünstigungen, sondern auch die verstärkte Einstellung von US-Familienangehörigen fordert, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche Kenntnis besitzt die Bundesregierung zur Zeit über gesetzliche Maßnahmen gegen die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen als Treibgas in Spraydosen in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft bzw. anderen Staaten Europas und darüber hinaus?

7. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Worauf gründet die Bundesregierung ihre Hoffnung, daß es in Kürze gelingen wird, Ersatzstoffe zu entwickeln und einzusetzen?

8. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Kann der Bundesinnenminister einen Bericht aus der Ausgabe der „Welt" vom 26. September bestätigen, wonach ein „Bierlokal am Schalker Markt in Gelsenkirchen, die ‚Nachrichtenbörse' der sog. ‚Rote Ruhrarmee'" gewesen sein soll, und sind ihm darüber hinaus terroristische Aktivitäten im Raum Gelsenkirchen bekannt geworden?

9. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Stimmt der Bundesinnenminister der im selben Zeitungsartikel wiedergegebenen Ansicht von Sicherheitsexperten zu, daß es der RAF nur deshalb möglich war, ein logistisches Zentrum im Ruhrgebiet aufzubauen, weil die Nachrichtendienste seit den ersten Erkenntnissen aus dem Jahr 1972 nur registriert, aber nicht gehandelt haben?

10. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Welche besonderen Maßnahmen zur Terroristenabwehr haben Bundesinnenministerium und BKA für das Ruhrgebiet vorgesehen?

11. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Hat es solche Pläne schon vor der Festnahme von Angelika Speitel und Michael Knoll gegeben?

12. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von einer Gesellschaft des privaten Rechts das Datenschutzgesetz als Aufhänger für den Verkauf von eigenen Daten benutzt wird, indem diese Firma Formulare mit dem Aufdruck „Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Auskunft" in großer Zahl versendet, die beim Bürger den Eindruck erwecken können (oder sollen), daß diese Formulare von einer amtlichen Stelle herausgegeben werden, da darin von „Antrag" und „Gebühr" die Rede ist, obwohl der entsprechende § 34 Abs. 3 des Bundesdatenschutzgesetzes lediglich von Auskunftserteilung und Entgelt spricht, und wenn ja, ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, etwas zu unternehmen, um diese Praxis abzustellen?

13. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Wie hoch ist der Betrag, den die Bundesregierung in den Jahren 1978 und 1979 als Zuschuß für Reisen an Vereine und Verbände ausgegeben hat bzw. ausgeben wird?

14. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Wer bekommt diese Zuschüsse, und nach welchen Kriterien werden sie vergeben?

15. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß Kernkraftwerke möglicherweise bei den immer wieder festzustellenden Abstürzen von Flugzeugen der Typen Starfighter und Phantom wirksam geschützt werden, nachdem feststeht, daß insbesondere Kernkraftwerke älterer Bauart gegen das Auftreffen solcher abstürzender Flugzeuge nicht ausgerüstet sind?

16. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft es zu, daß dem Kernkraftwerk Würgassen – wie im Bericht des Magazins Der Spiegel vom 18. September 1978 geschildert – „Gefahr von oben" drohte, weil Rumpf und Triebwerk einer Phantom massiv genug sind, um beispielsweise den Betonpanzer des Kernreaktors in Würgassen zu durchbrechen, wenn nur der Aufprallwinkel „günstig" ist, und weil die sicherheitstechnisch wichtigen Anlagen nur bis zu einer Aufprallgeschwindigkeit von 350 bis 450 Stundenkilometern geschützt sind?

17. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung die fällige Neuregelung des § 37 des Beamtenversorgungsgesetzes vorzunehmen, nachdem sich gezeigt hat, daß die Versorgung für relativ junge Beamte, die in den letzten Jahren in Ausübung ihres Dienstes verwundet oder getötet wurden, bzw. für deren Angehörige, denkbar unbefriedigend ist, und wie soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung eine eventuelle Neuregelung aussehen?

18. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über den Bau und Betrieb von Schnellen Brutreaktoren, und wie gedenkt sie sich gegenüber der nordrhein-westfälischen Landesregierung durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

19. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Überlegungen bestehen bei der Bundesregierung, das Verfahren der Eheschließung deutscher Staatsangehöriger mit ausländischen Verlobten zu entbürokratisieren und in diesem Zusammenhang das Ehefähigkeitszeugnis abzuschaffen?

20. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom Präsidenten des 52. Deutschen Juristentags, Generalstaatsanwalt Weinmann, geäußerte Forderung, daß sich das Bundesverfassungsgericht „durch Kritik bei seiner Rechtsfindung nicht beirren" lassen solle?

21. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welchen Wert hatten die von der Ost-Berliner Botschaft Kubas am 19./20. August 1975 in Kassel abgeholten und nach Kuba gebrachten Patentschriften (s. Antwort der Bundesregierung auf meine Frage Nummer 60, Drucksache 8/2099), und welche Gegenleistung ist gegebenenfalls von Kuba erbracht worden?

22. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auch in Zukunft Patentschriftensammlungen an kommunistische Staaten liefern?

23. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Meint die Bundesregierung, daß sie im Rahmen ihrer „fortlaufend geleisteten technischen Hilfe für Entwicklungsländer" ein Land wie das kommunistische Kuba bedenken muß, das eine mittlerweile auf rund 40 000 Mann angewachsene Expeditionsarmee in verschiedenen Staaten Afrikas zur Errichtung und Unterstützung kommunistischer Regime unterhält?

24. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Nimmt die Bundesregierung die Lieferung von Patentschriftensammlungen im Rahmen des „ständigen internationalen Literaturaustausches" auch mit kommunistischen Entwicklungsländern vor, und wieviel Patentschriften z. B. aus dem kommunistischen Kuba sind gegebenenfalls in den letzten fünf Jahren im Wege dieses „Austausches" in die Bundesrepublik Deutschland gekommen?

25. Abgeordnete **Frau Geier** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung sicher, daß kommunistische Staaten, wie z. B. Kuba, den gewerblichen Rechtsschutz für ihnen zugeleitete Patentschriftensammlungen respektieren?

26. Abgeordnete **Frau Geier** (CDU/CSU)

Ist bekannt geworden, ob kommunistische Staaten, wie z. B. die Sowjetunion oder die CSSR, in den letzten Jahren Sammlungen von rund 650 000 Patentschriften an nicht kommunistische Entwicklungsländer geliefert haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Steuerausfälle infolge einer Anhebung der Höchstgrenze der nach § 7 b EStG erhöht absetzbaren Herstellungs- oder Anschaffungskosten von bisher 150 000 (200 000) DM auf 200 000 (250 000) DM?

28. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die künftigen Steuerausfälle bei einer Verlängerung der 7 b-Abschreibungsdauer für Neubauten auf 16 Jahre für Ehepaare unter Verzicht auf die erhöhte Abschreibung für ein zweites Objekt unter Zugrundelegung der geltenden Höchstbeträge von 150 000 bzw. 200 000 DM bzw. unter Zugrundelegung einer Erhöhung dieser Beträge auf 200 000 bzw. 250 000 DM?

29. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob einige Mitglieder des Zentralbankrats im Zusammenhang mit der sogenannten Neuordnung der europäischen Währungen ihren Rücktritt angedroht haben, und welche Gründe gegebenenfalls für den angedrohten Rücktritt vorgebracht wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche zusätzlichen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um angesichts der sich zuspitzenden Situation bei den norddeutschen Werften die Arbeitsplätze zu sichern und die Konkurrenzsituation der deutschen Werften und Reeder zu verbessern, und wann wird mit Vorschlägen der Bundesregierung zu rechnen sein?

31. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Broschüren zur Information über die Möglichkeiten rationeller und spezieller Energieverwendung hat die Bundesregierung bisher veröffentlicht?

32. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Finanzmittel sind dafür in den einzelnen betroffenen Ressorts im Haushaltsjahr 1979 vorgesehen?

33. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Bedeuten die wiederholten Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers, Graf Lambsdorff, „Steuergelder seien nicht dazu da, Stahl zu kochen" (letztmals am 22. September 1978 im Saarländischen Rundfunk und Fernsehen), daß die Bundesregierung den bundeseigenen Salzgitter-Konzern zu privatisieren beabsichtigt, eine Wende in der Beteiligungspolitik des Bundes signalisiert und im nächsten Schritt auch auf Kohle, Schiffsbau, Flugzeugindustrie und andere Branchen ausgedehnt werden soll oder in der Bundesrepublik Deutschland gar keine Steuergelder in den Stahlbereich fließen?

34. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Änderung der staatlichen Rahmenbedingungen für die Tarifgestaltung beim Strompreis, und wie haben sich diese Vorstellungen seit Vorlage des Energieprogramms verändert?

35. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Wann will die Bundesregierung ihre konkreten Vorschläge für die Änderung der Stromtarife den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten?

36. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung trotz Anforderung des Westdeutschen Rundfunks keinen Vertreter zu der Fernsehdiskussion „Zukunft ohne Kernenergie" am 27. September 1978 gesandt, und trifft die Behauptung des Fernsehens zu, daß dies mit Rücksicht auf den Landtagswahlkampf nicht geschehen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Erzeugerpreis für Speisekartoffeln guter Qualität zur Zeit in Bayern bei 3,50 DM je Zentner liegt, und hält die Bundesregierung diesen Preis für noch kostendekkend, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese niedrigen Erzeugerpreise zu unternehmen?

38. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, zügig und mit dem Ziel einer Existenzsicherung der deutschen Kartoffelanbauer, die Verhandlungen in Brüssel über eine EG-Kartoffelmarktordnung voranzutreiben?

39. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben, um feststellen zu lassen, wie die durchschnittlichen Produktionskosten landwirtschaftlicher Güter und die Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten in marktfernen Regionen, insbesonders im Zonenrandgebiet, durch die Entwicklung der Frachttarife beeinflußt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

40. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Warum werden Zeiten der Arbeitslosigkeit ehemaliger Beamter in der sowjetischen Besatzungszone nach dem 8. Mai 1945 in der SBZ nicht als Ausfallzeiten nach dem AVG anerkannt, wenn für diese später Beiträge zur Angestelltenversicherung nachentrichtet worden sind, obwohl die formellen Voraussetzungen des § 36 Abs. 1 Nr. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes (AVG) generell nicht erfüllt werden können, da in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg in der damaligen SBZ keine Meldung als Arbeitsloser möglich war, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Ungleichbehandlung gegenüber Arbeitnehmern aus der SBZ mit gleichem Schicksal zu beseitigen, für die das Fremdrentengesetz richtigerweise entsprechende Formerfordernisse für die Anerkennung von Zeiten der Arbeitslosigkeit nach dem 8. Mai 1945 als Ausfallzeiten nicht kennt?

41. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Arbeitsämter die Zahlung von Beiträgen zur freiwilligen Lebensversicherung im Fall der Arbeitslosigkeit analog der Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung abgelehnt haben, und wie viele Arbeitslose sind davon gegebenenfalls betroffen?

42. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich in den genannten Fällen um eine unbillige Härte und um eine nicht zu vertretende Benachteiligung des betroffenen Personenkreises handelt, und welche Maßnahmen gedenkt sie gegebenenfalls zu ergreifen, um Abhilfe zu schaffen?

43. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls gesetzliche Lücken zu schließen, um „Modelle“, bei denen Arbeitnehmer einen sogenannten Teilhabervertrag unterschreiben und damit freiwillig auf viele Rechte verzichten, die Angestellte und Arbeiter gemeinhin haben (s. die Schilderung im „Stern“ Nr. 37 vom 7. September 1978), ein für alle Mal zu unterbinden, weil diese „Modelle“ ausdrücklich „weniger zum Schutz der Arbeitnehmer als zum Schutz der Arbeitgeber vor einer übertriebenen Sozialgesetzgebung“ ersonnen sind?

44. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Hat die Neueinstellung von 1 600 Vermittlern bei der Bundesanstalt für Arbeit eine erfolgreichere Vermittlungstätigkeit der Bundesanstalt mit sich gebracht?

45. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Welche Schritte wurden unternommen, damit betriebliche Praktiker verstärkt bei der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter eingeschaltet werden?

46. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei Personen, die ihren Wohnsitz im heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus kriegsbedingten Gründen verlassen mußten und Aufenthalt in einem Vertreibungsgebiet im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes genommen haben, weder die in diesem Gebiet zurückgelegten Beschäftigungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt werden, noch die für Vertriebene und Flüchtlinge bestehenden Betreuungs- und Eingliederungsmaßnahmen Anwendung finden, wenn die Betroffenen heute im Rahmen der Familienzusammenführung als Aussiedler in das Bundesgebiet kommen?

47. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die unbilligen Härten, die sich in diesen Fällen für die Betroffenen ergeben, durch Erweiterung und Aktualisierung der bestehenden Vorschriften und Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu beseitigen, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Initiativen – gegebenenfalls welche – zu ergreifen?

48. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, heute, d. h. über 30 Jahre nach Kriegsende, noch an dem Begriff des zurückkehrenden Evakuierten festzuhalten und diesen Personenkreis, der jetzt im Rahmen der Aussiedlung aus den Ostblockstaaten zu uns kommt, aus mehr oder weniger formaljuristischen Gründen, die in den fünfziger Jahren durchaus ihre Berechtigung haben mochten, von allen Eingliederungshilfen (z. B. Steuervergünstigungen oder zinsgünstigen Einrichtungsdarlehen) auszuschließen, die den Betroffenen hier bei uns einen Start zum Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz und zur Erlangung einer angemessenen Alterssicherung ermöglichen sollen?

49. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, bei den Betroffenen Verständnis dafür zu finden, daß die Anerkennung der in den Vertreibungsgebieten zurückgelegten Beschäftigungszeiten als Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Fremdrentengesetz ausschließlich auf Vertriebene und heimatlose Ausländer beschränkt ist, während deutsche Staatsangehörige, die in den Wirren des Kriegs in den Osten verschlagen wurden und dort 20 Jahre und länger gearbeitet haben, gezwungen sind, erhebliche Nachteile bei ihrer Altersversorgung in Kauf zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die heute bestehende Regelung der Mitfluggenehmigungen in Bundeswehrflugzeugen für Soldaten, die der militärischen Führung jegliche eigene Entscheidung im Rahmen ihrer Führungs- und Fürsorgeverantwortung augenblicklich nimmt und in keinem NATO-Staat ähnlich restriktiv gehandhabt wird, neu zu fassen?

51. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei einer notwendigen Neufassung bereit sein, den Geschwaderkommodoren — unter deren Abwägung und Berücksichtigung militärischer, ausbildungstechnischer und fürsorgemäßiger Überlegungen — wieder die Entscheidungsbefugnis über den Mitflug von Soldaten zu geben, um so zu einer unbürokratischen, flexiblen und an den militärischen (Führung, Ausbildung, Erziehung und Fürsorge) Notwendigkeiten orientierten Lösung zu kommen?

52. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in „bw aktuell" vom 21. September 1978 abgedruckte Stellungnahme auf den Leserbrief unter dem Titel „Verpflegungsempfang mit zwei Essenmarken" auch dann noch für vertretbar, wenn z. B. zwei Soldaten die Verpflegungsportion auf ihre jeweilige Essenmarke empfangen, jedoch nur einer die beiden Portionen mit Einverständnis des anderen ißt oder sie Anteile der Gerichte (Suppe gegen Nachtisch) austauschen, und hält sie es für den zuständigen Vorgesetzten des Wirtschaftstruppenteils zumutbar, bei den erwähnten stichprobenweisen Kontrollen eventuell im Befehlsweg oder disziplinar einzuschreiten, was bei konsequenter Verfolgung auf Grund der dargestellten Rechtslage unvermeidlich erscheint?

53. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Tritt die Bundesregierung der aus vorgenannter Stellungnahme ersichtlichen Auslegung der Rechtslage auch dann bei, wenn berücksichtigt wird, daß nach der Stärkemeldung bereitgestellte, jedoch auf Grund der derzeitigen Handhabung nicht abgeholte Portionen gegen ein nach Pfennigen zu zählendes Entgelt als Schweinefutter oder unter Minderung des Ernährungswerts als Reste verwendet werden, während andere Soldaten diese Portionen — eventuell aufgeteilt — gerne gegessen hätten, oder sieht sie sich demnach veranlaßt, Initiativen für eine bessere Regelung zu entwickeln?

54. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie hoch ist die Zahl der Toten, der Verletzten und der materiellen Schäden, die im Herbst 1978 im Rahmen der NATO-Herbstmanöver bedauerlicherweise zu beklagen waren, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesen Feststellungen?

55. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie haben sich die in der vorhergehenden Frage erbetenen Zahlen im Vergleich zu den Zahlen vergangener Jahre entwickelt?

56. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit treffen Meldungen zu, nach denen die Bundesregierung dem afrikanischen Staat Zaire eine Militärhilfe in Höhe von 6 Millionen DM gewährt, und steht gegebenenfalls diese Militärhilfe in Zusammenhang mit dem Versuchsgelände einer deutschen Firma in Shaba?

57. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat das Bundesverteidigungsministerium bei der Vergabe eines Auftrags über die Fertigung von mehr als 6 000 Fernmeldekabinen für die Bundeswehr an ein ausländisches Unternehmen (Tadiran) auch die außenpolitische Bedeutung berücksichtigt, und wenn ja, welche Gründe sprachen gerade für diese Art der Auftragserteilung?

58. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist in diesem Zusammenhang die erste Vergabe an die inzwischen illiquide Firma Bau- und Montagegesellschaft mbH (Hamburg) zum Niedrigstpreis (unter Gestehungskosten) Anlaß zu Untersuchungen über Regreßanspruch gegen Beamte aus dem Bereich des Bundesverteidigungsministeriums geworden?

59. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein von der Stadt Germersheim geplantes Hallenbad finanziell zu unterstützen mit der Maßgabe, daß dort für die etwa 1 000 in Germersheim stationierten Soldaten dann auch die Gelegenheit zum dienstlichen Sport geboten wird?

60. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Rheinbrücke in Germersheim aus Gründen der Landesverteidigung im Rahmen von Übungsflügen angeflogen werden muß, und dadurch eine für die Stadt Germersheim unangemessen hohe Belastung durch Fluglärm zu begründen ist?

61. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß bei der Gewährung von Trennungsentschädigungen für Soldaten zukünftig solchen, deren Kinder in der reformierten Oberstufe eines Gymnasiums oder in einem nach der heutigen Marktlage ebenfalls nicht mehr austauschbaren Ausbildungsverhältnis stehen, dieser Sachverhalt als Hinderungsgrund für einen Umzug anerkannt wird?

62. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Waffen setzt nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die hauptsächlich aus Syrern bestehende sogenannte panarabische Friedenstruppe im Libanon beim Beschuß der von Christen bewohnten Stadtteile der Hauptstadt Beirut ein, und treffen Pressemeldungen zu, nach denen dabei auch sogenannte Stalinorgeln verwendet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

63. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Ist der Bundesregierung ein ADAC-Vergleichstest über Importreifen im Schellauftest bekannt, und hält sie es für tragbar, daß beim Verkauf von einigen Importreifen Angaben über Reifenaufbau, Herstellungsdatum, Herkunft und zulässige Höchstgeschwindigkeit entweder nicht eindeutig offengelegt werden oder für Kraftfahrzeugtypen zugelassen werden, die die zulässige Höchstgeschwindigkeit der Reifen im Fahrbetrieb überschreiten können?

64. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Hält die Bundesregierung es nicht für erforderlich, durch gesetzliche Regelungen oder Verordnungen nur Reifen zum Verkauf in der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen, die bei der Herstellung durch Röntgen- oder Laserstrahlen oder ähnliche Verfahren als fehlerfrei eingestuft worden sind, um dem Risiko einer allgemeinen Gefährdung der Verkehrssicherheit so frühzeitig wie möglich zu begegnen, oder was gedenkt sie im übrigen dagegen zu tun?

65. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister bereit, beim Flughafen in Düsseldorf eine Flugwegbeobachtungsstelle nunmehr einzurichten, nachdem in der 22. Sitzung der 32 b-Kommission am 19. September 1978 ein entsprechender Antrag mit 14 : 3 Stimmen angenommen wurde und der Vertreter der Flughafengesellschaft in Düsseldorf rechtsverbindlich erklärt hat, daß die Flughafengesellschaft Düsseldorf die Kosten für die Einrichtung und für den Betrieb einer Flugwegbeobachtungsstelle übernehmen werde?

66. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Bahnhöfe der Deutschen Bundesbahn-Strecken Köln—Euskirchen—Trier, Euskirchen—Bad Münstereifel, Bonn—Euskirchen—Düren und Kall—Hellenthal sollen bei Einführung des regionalen Eilzugsystems stillgelegt werden?

67. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Rahmen der Wehr- wie Luftfahrtforschung ergriffen, um den Lärmpegel von militärischen wie zivilen Düsenflugzeugen zu senken und damit auch die Lärmbelästigung durch Tiefflieger usw. zu vermindern?

68. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wieviel Verletzungen des Überflugverbots für „Industrieanlagen hoher Gefahrenklasse" sind der Bundesregierung generell und insbesondere für die Chemischen Werke Hüls, Marl, seit 1975 bekannt geworden?

69. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Von welcher Langzeitplanung des Bundesfernstraßenbaus geht die Bundesregierung im Bereich Kiel-Suchsdorf beim Bau der „zweiten Levensauer Hochbrücke" im Zuge des vierspurigen Ausbaues der B 76 aus?

70. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Berücksichtigt die geplante Kanalbrückenkonstruktion auch eine vorgesehene Verbreiterung des Nord-Ostsee-Kanals im Bereich Kiel-Suchsdorf, und wenn ja, wieviel Grundstücke und Häuser Suchsdorfs sind von der Planung betroffen, und wann kann mit der Realisierung der Kanalverbreiterung gerechnet werden?

71. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Welche alternativen Planungen für eine Kanalverbreiterung und den damit im Zusammenhang stehenden Brückenbau sind untersucht worden?

72. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist bei der in Aussicht gestellten Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Bundesstraße 62 durch Verbreiterung der Bundesbahnunterführungen zwischen Kirchen/Sieg und Siegen berücksichtigt, daß eine Planung für die Verlegung der B 62 aus der Ortsdurchfahrt Kirchen-Freusburg bereits im Jahr 1972 erfolgen sollte?

73. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Trifft die Meldung des Weser-Kuriers vom 21. September 1978 über Pläne eines beabsichtigten Tunnelbaus für die A 5 im Raum Bremen zu, und wie beurteilt der Bundesverkehrsminister die veröffentlichte Kostendarstellung im Hinblick auf seine Realisierungsmöglichkeiten?

74. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um das Problem der sogenannten Geisterfahrer (Fahrer, die die falsche Seite einer Autobahn benutzen) zu lösen?

75. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Welche Schritte sind eingeleitet worden, um den offenkundigen Mängeln im Orientierungssinn mancher Kraftfahrer bei den Autobahnauffahrten abzuhelfen?

76. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Bis zu welchem Zeitpunkt werden alle Autobahnauffahrten mit entsprechenden Maßnahmen ausgestattet sein?

77. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bislang unternommen, um die über längere Zeiträume immer wieder erhobenen Vorwürfe auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen, daß manipulierte, schadensanfällige Kraftfahrzeugbereifung in den Handel gelangt?

78. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Wird die Bundesregierung eine Initiative in den Europäischen Gemeinschaften ergreifen, um über eine Gemeinschaftsregelung zu erreichen, daß der Ausschuß der Reifenhersteller vernichtet und nicht in den Handel gebracht wird?

79. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche finanziellen Auswirkungen für die Existenz der deutschen Zirkusunternehmen eine Erhöhung der Cirkus-Sonderzugtarife bei der Deutschen Bundesbahn haben werden, und ist die Bundesregierung bereit, auf die geplante Tariferhöhung zu verzichten, um diesen von der Kultusministerkonferenz ausdrücklich als kulturell wertvoll und förderungswürdig anerkannten Unternehmen in ihrem Bestand zu sichern?

80. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung sich mit Rücksicht auf den schweren Unfall mit Todesfolge an einem beschrankten Bahnübergang in der Ortsgemeinde Filsen, Verbandsgemeinde Braubach, in der Lage, die nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz zwischen der Gemeinde und der Bundesbahndirektion Frankfurt vertraglich vereinbarte Unterführungsbaumaßnahme noch mit Restmitteln des Haushalts 1978 zu fördern, zumal 100 000 DM im Haushalt der Gemeinde bereitstehen?

81. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten des Nautischen Vereins Brunsbüttel, das sich mit Sicherheitsfragen im Gesamtbereich der Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigt?

82. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn den Tageszeitungen, z. B. dem Coburger Tageblatt, im Bereich der Festlegung der künftigen Fahrplangestaltung weitergehende Informationen gibt als dem zuständigen Bundesminister?

83. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Welche Schlüsse beabsichtigt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß das Bundesverwaltungsgericht in der Entscheidung vom 7. Juli 1978 – 4 C 79.76 – der vom Fluglärm eines Flughafens betroffenen Bevölkerung mindestens einen Planergänzungsanspruch auf Lärmschutzauflagen zuspricht?

84. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister die aus diesem Urteil sich ergebende Auffassung, daß infolge Veränderung der Verhältnisse (ansteigende Flugbewegungen, Übergang von Kolben auf Düsenmotoren, Übergang auf größere, schwerere und mit mehreren Motoren versehene Maschinen) für den Flughafen München-Riem – in Ergänzung der vor dem Bau bzw. bei den Erweiterungen durchgeführten Genehmigungsverfahren spätestens seit Beginn der Sechziger-Jahre ein Planfeststellungsverfahren hätte eingeleitet werden müssen, und welche Konsequenzen werden vom Bundesverkehrsminister hieraus gezogen?

85. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Sollte die Notwendigkeit der Einleitung eines ergänzenden Planfeststellungsverfahrens verneint werden, ist dann der Bundesverkehrsminister der Ansicht, daß je nach der Lärmvorbelastung der betroffenen Grundstücke den vom Fluglärm Betroffenen (wenn schon u. U. nicht ein Planabwehranspruch) wenigstens ein Planergänzungsanspruch mit der Folge heute zusteht, daß Lärmschutzfenster bezahlt werden, die Dächer gegebenenfalls so konstruiert werden, daß sie schalldämmend ausgeführt werden können bzw. im Wege der entschädigungspflichtigen Eintragung von Grunddienstbarkeiten die Beeinträchtigung der Außenwohnbereiche (Terrassen, Gärten, Balkone) wenigstens finanziell ausgeglichen wird?

86. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister ferner in diesem Zusammenhang die im BGH-Urteil vom 15. Juni 1977 – Az. V ZR 44/75 – geäußerte Rechtsauffassung, daß die Lärmschutzzonen nach dem Fluglärmgesetz keine Begrenzung der Entschädigungsansprüche der betroffenen Bevölkerung darstellen?

87. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das in Friedrichshafen in Erprobung befindliche Personennahverkehrsmodell „Rufbus“, das demnächst seinen großen Probebetrieb im Bodenseekreis aufnehmen soll, durch die Ankündigung der Deutschen Bundesbahn, höhere Kostensätze in Rechnung zu stellen, in Gefahr geraten ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um eine solche verkehrspolitische schädliche Beeinträchtigung des Modellversuchs zu vermeiden?

88. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein gewisser Prozentsatz von Geschenk- und Weihnachtspaketen an Deutsche in mitteldeutschen Städten, z. B. in Leipzig, von der „Deutschen Post“ nach Nordvietnam umgeleitet und als Geschenk der DDR an das kommunistische Regime in Hanoi verteilt wird (vgl. Hamburger Abendblatt vom 28. Juli 1978), und was gedenkt gegebenenfalls die Bundesregierung auch unter Bezugnahme auf bestehende Abmachungen über den Postverkehr dagegen zu unternehmen?

89. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Sind der Bundesregierung konkrete Pläne der französischen Regierung bekannt, das französische Wasserstraßennetz in Richtung auf einen Anschluß bis zur Saar mit der Qualität einer Schiffahrtsstraße für Europaschiffe auszubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

90. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung sich besonders beim Erwerb von Wohneigentum für kinderreiche Familien in Zukunft stärker engagieren, und wie steht sie zu dem Vorschlag des Bundesverbands Privater Bausparkassen, durch eine Kapitalisierung von Kindergeldansprüchen eine bessere Eigenkapitalbasis von Wohneigentum speziell für kinderreiche Familien zu schaffen, nachdem sich auf Grund der Antwort der Bundesregierung (Schriftliche Anfragen Nummern 87/88, Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 7./8. Juni 1978) ergeben hat, daß die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Eigentumsbildung im Wohnungsbau hat?

91. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dazu beizutragen, daß eine Finanzierung bis zu 100 Prozent der Baukosten durch eine öffentliche Bürgschaft ermöglicht wird, vor allem bei jungen Familien, besonders auch, weil es sich in den letzten zwanzig Jahren des Eigenheimbaus ergeben hat, daß die Inanspruchnahme der staatlichen Bürgschaft so gut wie ohne Ausfälle für die öffentliche Hand verlaufen ist?

92. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Förderungswürdigkeit der Eigenleistung im Energieeinsparungsgesetz zumindest indirekt eine Aufforderung zur Schwarzarbeit ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

93. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung tun, um bezüglich der Menschenrechte im Verhältnis zur DDR den Mechanismus der Staatenbeschwerde dadurch zu ermöglichen, daß die DDR die in Artikel 41 des von ihr ratifizierten Bürgerrechtspakts vorgesehene Unterwerfungserklärung nunmehr abgibt, wie sie die Bundesrepublik Deutschland schon am 22. April 1976 hinterlegt hat?

94. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen die DDR die Unterwerfungserklärung unter das Zusatzprotokoll des Bürgerrechtspakts bisher nicht abgegeben hat, wodurch sie den Menschenrechtsausschuß daran hindert, Individualbeschwerden aus der DDR entgegenzunehmen?

95. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen die DDR das Übereinkommen Nummer 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit, das 1959 in Kraft trat, bisher nicht ratifiziert hat?

96. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die DDR ihrer Berichtspflicht nach Artikel 40 des von ihr ratifizierten Bürgerrechtspakts dadurch nachgekommen ist, daß sie statt eines Berichts, der Rechenschaft über die menschenrechtliche Praxis ablegen soll, reine Selbstverständnisbekundungen abgegeben hat, oder hat die DDR damit nach Auffassung der Bundesregierung gegen die dafür erlassenen „General Guidelines" verstoßen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

97. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)	Welchen Anteil soll nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung 1979 und nach der Planung für die folgenden Jahre der Forschungsaufwand für alle Formen der Meerestechnik am Gesamtaufwand der Bundesregierung zur direkten Forschungsförderung einnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

98. Abgeordneter **Gärtner** (FDP)	Inwieweit haben sich die Stufenausbildungsordnungen in den verschiedenen Bereichen der Berufsausbildung entwickelt und bewährt?
99. Abgeordneter **Gärtner** (FDP)	Wie könnte besser sichergestellt werden, daß Auszubildende nach bestandener erster Stufe auch in etwa gleiche Chancen erhalten, in die zweite Stufe übernommen zu werden?

Bonn, den 29. September 1978